



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 9. September 2022 |  
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in den vergangenen neun Monaten dieses Jahres ereignete sich, was viele zu Beginn des Jahres in dieser „Gleichzeitigkeit multipler Krisen“ (Norbert Röttgen) nicht für möglich gehalten haben. Zu Jahresbeginn hätte keiner gedacht, dass im weiteren Jahresverlauf infolge des russischen Angriffskriegs bei uns im Lande eine Energie- und Preiskrise eintreten würde, in der ernstliche soziale Folgen des Stopps der russischen Energielieferungen drohen, während allenthalben über die Gefahr von Blackouts diskutiert wird. Der Markt für fossile Energien steht gerade Kopf - das Merit-Order-Prinzip aufgrund der Preismechanismen, die an den teuersten Energieträger geknüpft sind, erfreut sich wachsender Erläuterungsbefähigkeit in Funk und Fernsehen. Das alles, während gleichzeitig die übergeordnete globale Menschheitsherausforderung des Klimawandels seine konkreten Auswirkungen offenbart. Die Waldbrände im Süden oder das Niedrigwasser erinnern uns täglich an den klimapolitischen Handlungsbedarf. Gleichzeitig erleben wir Disruptionen der globalen Lieferketten, die neben den Folgen der Klimapolitik derzeit auch auf die chinesischen Corona-Politik („Zero Covid Policy“) zurückzuführen

sind. Das alles im Übrigen in einer Zeit, in der wir vor dem Hintergrund der Russland-Erfahrung richtigerweise erkannt haben, uns unabhängiger von China machen zu müssen. Leider zeigte sich in den vergangenen Tagen, insbesondere aber nicht ausschließlich an dem energiepolitischen Kurs erkennbar, dass die Bundesregierung angesichts dieser Herausforderung nur sehr bescheidene Lösungsansätze aufzubieten hat. Die erste Sitzungswoche des Bundestags nach der sommerlichen sitzungsfreien Zeit stand im Zeichen der Haushaltsberatungen sowie der Abstimmung über die neuen Corona-Regeln. Darüber hinaus habe ich mit großem Respekt die Rede des israelischen Staatspräsidenten im Bundestag verfolgt, der an das Olympia-Attentat in München erinnert und den Geist der deutsch-israelischen Beziehungen beschworen hat. Zwei Mal hat der Deutsche Bundestag sich darüber hinaus erhoben, um zweier historischer Persönlichkeiten der Weltgeschichte zu gedenken – dem ehemaligen sowjetischen Staatspräsidenten Michael Gorbatschow sowie der britischen Queen Elizabeth II.

Mit herzlichen Grüßen  
Ihr Markus Koob



**Schwerpunkte der Woche** | 05. September - 09. September 2022

- **Bundeshaushalt**
- **Staatsbesuch des israelischen Präsidenten Herzog**
- **Trauer um Queen Elizabeth II. und Michail Gorbatschow**

## Haushaltswoche im Deutschen Bundestag

Das Haushaltsrecht des Deutschen Bundestags gilt als das „Königsrecht“ des Parlaments. Dies hat historische Gründe, denn das parlamentarische Budgetrecht ist seit jeher zentraler Ausdruck der demokratischen Bindung staatlicher Herrschaftsgewalt. In dieser Woche machte sich das vor allem im politischen Auftakt bemerkbar, bei dem der Bundeskanzler Olaf Scholz und der Oppositionsführer Friedrich Merz eine in inhaltlicher wie auch rhetorischer Hinsicht spannende Debatte führten. Der Entwurf sieht Ausgaben in Höhe von 445 Milliarden Euro vor, während angesichts des Entlastungspakets zahlreiche kostenintensive Ausgaben anstehen. Dabei soll die Einhaltung der Schuldenbremse ab 2023 wieder gewährleistet werden. Diese im Kern unterstützenswerte Ankündigung wird jedoch von zahlreichen Haushaltstricks begleitet: Die sogenannte Asyl-Rücklage von rund 50 Milliarden Euro wird aufgelöst und zahlreiche neue Schulden aufgenommen, die nicht in die Netto-Neuverschuldung eingerechnet werden. Der Bundesrechnungshof hat nach einer ersten Einschätzung sodann auch eine Abweichung bemängelt zwischen der ausgewiesenen Netto-Kreditaufnahme von 17,2 Milliarden Euro und der tatsächlichen Neuverschuldung in Höhe von 78 Milliarden. Das wenig schmeichelhafte Fazit: „Die Verlagerung von Ausgaben und Schulden in Sondervermögen sowie Buchungspraktiken verstellen das Bild.“

**Standpunkt:** In der CDU-/CSU-Fraktion sind wir uns einig in der Bewertung, was Deutschlands Erfordernisse und die Performance der Ampel betrifft. Angesichts von Krieg in Europa, Energiepreisen auf Rekordniveau, Gefahr einer Wirtschaftskrise braucht das Land Klarheit und Orientierung in unsicheren Zeiten. Doch statt Verantwortung zu übernehmen, stiftet die Ampel-Regierung mit Verzögerung, Verzögerungen und Dauerstreit weitere Unsicherheit. Es fehlt ein Plan der Regierung für eine stabile, unabhängige und bezahlbare Energieversorgung. Aus ideologischen Gründen, riskiert die Bundesregierung sehenden Auges eine Wirtschaftskrise. Ich kann anerkennen, dass es bei dem neuerlich angekündigten Entlastungspaket immerhin dazu kam, diesmal auch die Rentnerinnen und Rentner sowie die Studierenden in den Blick zu nehmen. Allerdings bleibt das grundsätzlich in die richtige Richtung zielende Entlastungspaket sehr unkonkret und vage, während gleichzeitig zwei jüngste Entscheidungen in der Energiepolitik das Entlastungspaket zu unterminieren drohen. Die Entscheidung, die verbliebenen AKW nicht in Zeiten einer ernsthaften drohenden Energieversorgungs- und Preiskrise aus ideologischen Gründen nicht einmal im Streckbetrieb heranzuziehen, ist kritikwürdig und wird von den Betreibern darüber hinaus in der jetzt kommunizierten Lösung für technisch unrealisierbar eingeschätzt. Das Ganze wird ergänzt um die in Ausgestaltung und Verteilungswirkung völlig fehlkonstruierte Gas-Umlage in ihrer bisherigen Form, deren Abschaffung wir fordern. Auch die vollmundig proklamierte Zeitenwende scheint Geschichte, sinkt doch der Verteidigungshaushalt statt eine Steigerung zu verzeichnen. •

## Shalom, Präsident Isaac Herzog!

Neben den politischen Terminen war diese Woche in mehrfacher Hinsicht besonders denkwürdig. 50 Jahre nach dem entsetzlichen Attentat auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen in München und 70 Jahre nach Abschluss des Luxemburger Abkommens zwischen beiden damals noch jungen Staaten besuchte der israelische Staatspräsident Isaac Herzog unser Land und sprach vor dem Deutschen Bundestag.

„Dem Gedenken an die Shoah Bedeutung verleihen“ appellierte er in seiner Rede und rief zum gemeinsamen Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus auf. Die heutige Partnerschaft unserer Länder beruhe auf gemeinsamen Werten und einer tiefen Freundschaft – diese gelte es weiterzuentwickeln.



Für mich sind diese Worte Anspruch und Verpflichtung zugleich. Besonders habe ich mich gefreut, am Rande der Rede mit Tibor Luckenbach zusammenzutreffen, der auf

meine Empfehlung hin von der Bundestagspräsidentin eingeladen wurde, als besonderer Gast auf der Tribüne die Rede des Präsidenten zu verfolgen. Seit Jahren engagiert er sich in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, dem Jungen Forum und weiteren Organisationen für die deutsch-israelische Freundschaft und gegen Judenhass und Ausgrenzung.

Stellvertretend für alle, die sich hier engagieren, habe ich ihm meinen Dank und für diese wichtige und unverzichtbare Arbeit ausgesprochen. •

## Quo vadis Libyen?

Zweieinhalb Jahre nachdem unter maßgeblicher Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel der sogenannte Berlin-Prozess zur nationalen Aussöhnung angestoßen wurde, schien das nordafrikanische Land bis zu diesem Sommer auf einem relativ guten Weg. Nun sind die Kämpfe – insbesondere in der Hauptstadt Tripolis – erneut aufgeflammt und zwei Regierungen kämpfen um Macht und Legitimität.



Ist der Berlin-Prozess somit gescheitert? Dieser Frage stellte ich mich dieser Woche im Rahmen einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung zu diesem Thema. Als Berichterstatter für Afrika-Themen im Auswärtigen Ausschuss habe ich gemeinsam mit meinem Kollegen Johann Wadephul meine Erwartung an die jetzige Bundesregierung zum Ausdruck gebracht, eine erneute diplomatische Initiative zu ergreifen. Deutschland wird gerade in dieser Region als neutraler Mediator geschätzt und respektiert – dieses Gewicht gilt es zu nutzen! Gleichzeitig konnte ich aber auch im Gespräch mit Experten aus Libyen selbst wichtige politische Einsichten gewinnen.

Vielen Dank an die Konrad-Adenauer-Stiftung für die Ermöglichung dieses wichtigen Austauschs! •

## Trauer um Michail Gorbatschow und Queen Elizabeth II.

Bei allen politischen Verpflichtungen innerhalb wie außerhalb des Bundestages galt es in dieser Woche inne zu halten und zweier beispiellos historischer Persönlichkeiten zu gedenken.

Am Mittwoch gab es im Plenum eine Gedenkstunde zum Tode **Michail Gorbatschows**, früherer Präsident der ehemaligen Sowjetunion, der Ende August im Alter von 91 Jahren in Moskau verstarb. In weiten Teilen des früheren Ostblocks ambivalent betrachtet, hat ihm unser Land jedoch viel zu verdanken. Von seiner Politik der Glasnost (Öffnung) und Perestroika

(Wandel) inspiriert, demonstrierten die Menschen in der ehemaligen DDR für ihre Freiheit. Nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 stellte er sich den Sehnsüchten der Deutschen nach Wiedervereinigung nicht in den Weg, sondern gilt neben Helmut Kohl und George Bush senior als der Wegbereiter für ein friedliches Zusammenwachsen Deutschlands und Europas. Gerade in diesen Zeiten der kriegerischen Auseinandersetzung auf unserem Kontinent müssen wir sein Andenken bewahren!

Eine weitere traurige Nachricht erreichte uns am Ende dieser Woche aus dem Vereinigten Königreich mit dem Tod von **Queen Elizabeth II.** Sie starb im Alter von 96 Jahren in Schottland im 70. Jahr ihrer Regentschaft.

Auch wenn sie als Monarchin der ältesten parlamentarischen Demokratie der Welt eine weitgehend repräsentative Rolle hatte, so inspirierte sie doch Millionen Menschen mit ihrer Disziplin, ihrer Anmut und ihrer olympischen Gelassenheit und prägte im besten Sinne ein zweites Elisabethanisches Zeitalter. Gerade ihr erster von vier Staatsbesuchen in Deutschland im Jahr 1965 spielte eine entscheidende Rolle bei der Aussöhnung zwischen Briten und Deutschen 20 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Wir trauern an der Seite der Briten und des Commonwealth um eine große Staatsfrau, der wir Deutsche viel zu verdanken haben. God save the Queen. •